

Grundsatz-Akzente der Eisenbahner-Gewerkschaft

Zum DGB-Grundsatzprogramm

Philipp Seibert, geb. 1915 in Gimbsheim (Kreis Worms), absolvierte eine kaufmännische Lehre. Nach dem Kriegsdienst war er bei der Südwestdeutschen Eisenbahn — Deutsche Reichsbahn tätig. Er ist seit 1959 1. Vorsitzender der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED), seit 1961 Mitglied des Bundestages.

An sich brauchten sich die westdeutschen Gewerkschaften keine neuen Grundsätze zu geben, denn unsere bisherigen sind beileibe nicht überholt; im Gegenteil sollten wir nach der gelungenen Konsolidierung der Einheitsgewerkschaft lernen, die bisherigen Ansätze unserer Politik als unabhängige Gesellschaftskraft viel stärker in die soziale Wirklichkeit umzusetzen. Denn die Sozialstaatsklausel der Verfassung ist erst dann inhaltlich verwirklicht, wenn es uns gelungen ist, auch den Wirtschaftsbereich nachhaltig und umfassend zu demokratisieren. Darum müssen wir in diesem letzten Vierteljahrhundert kämpfen. Eine demokratische Gesellschaft braucht eine tragfähige, in Krisen auch eine belastungsfähige Grundlage demokratischer Strukturen.

Für sich bedarf die Politik der westdeutschen Gewerkschaften natürlich einer stetigen Akzentuierung. Die wirtschaftliche Phase des mit hohem Wirtschaftswachstum und — als Ausnahme in der Bundesrepublik — mit Vollbeschäftigung verbundenen Wiederaufbaus ist beendet, die davon früher verdeckten klassischen Probleme der Wirtschaftskrisen und des Verteilungskampfes treten für jedermann sichtbar wieder offener zutage. Um so notwendiger wird es sein, Fragen nach der demokratischen gesellschaftlichen Kontrolle der Wirtschaft und der Wirtschaftsentwicklung zu stellen und sie zu beantworten.

Schwerpunkte eines neuen Grundsatzprogramms

Aus der Sicht der Eisenbahner-Gewerkschaft wären dabei in einem neuen Grundsatzprogramm einige Probleme zu präzisieren, Forderungen abzuleiten und in Aktionsprogrammen zu verwirklichen: Zum ersten müßten wir uns über das Zentralproblem, wer wieviel, was, wann, wo und wie in der Wirtschaft zu sagen hat, etwas klarer werden. Alle Fragen des Wachstums, der Beschäftigung, der Mitbestimmung, der Einkommensverteilung und Produktionsmittelkontrolle hängen damit national — und heute auch international — zusammen. Zum

zweiten haben Infrastrukturen wie der Verkehr und der weite Bereich der öffentlichen Wirtschaft für das Wohlbefinden der Menschen, für das Funktionieren der Gesellschaft eine zu hohe Bedeutung, als daß wir Qualität und Quantität der Infrastrukturen dem Interesse und dem Geschmack der Großwirtschaft allein überlassen dürften. Wesentliche Weichenstellungen wären hier vorzunehmen, wenn wir nicht in einen Reformstopp verfallen, wenn wir nicht in Verhältnisse gelangen wollen, in denen die Arbeitnehmer über den Staat der Privatwirtschaft die Infrastruktur bezahlen. Drittens werden wir weiterarbeiten, um den Sozialstandard aller abhängig Arbeitenden in der Bundesrepublik zu sichern und zu bessern. Der „Teile-und-Herrsche“-Politik gegenüber den Arbeitnehmern müssen wir begegnen und eine Verbesserung der Verhältnisse auf dem Wege des Fortschritts, nicht über das Übel der Nivellierung nach unten erzielen. Ein integriertes öffentliches wie privates Personalrecht muß letztlich erreicht werden. Viertens können wir nicht länger so tun, als vollzögen sich wirtschaftliche Änderungen nur im nationalen Rahmen, nicht aber heute bereits weltweit durch wachsende multinationale Gesellschaften. Schließlich wäre in unserem Aktionsprogramm die Demokratisierung von Armee und Polizei aufzugreifen — Demokratisierung im Sinne der stärkeren gewerkschaftlichen Organisation sowie deren Durchdringung mit gewerkschaftlichen gleich demokratischen Konzepten. Die zahlreichen Chiles, die so viele demokratische Änderungsaufträge im Blut erstickten, verpflichten gerade uns, bestehende Machtverhältnisse sehr konkret zu sehen und für den Fall der Fälle vorzubeugen. Soldaten und Polizisten müssen stärker im DGB sein, Gewerkschafter präziser alternative Funktionen von Armee und Polizei erkennen.

Unannehmbar ist, daß aufgrund von Wirtschaftsschwankungen, die keine Naturgesetze sind, je nach geographischer Betrachtung Tausende bis Millionen Menschen arbeitslos und in Kurzarbeit sind, daß Jugendliche mit und ohne Berufsbildung in die Arbeitslosigkeit steuern. Auf diese Herausforderung können weder Mitbestimmung noch Vermögensbildung, weder Lohnpolitik noch Steuerpolitik allein eine hinreichende Antwort geben. Ein enges soziales Netz mag kurzfristig die Auswirkungen des Übels mindern, nicht aber dieses selber beseitigen. Tarifvertragliche Arbeitsplatzsicherungen, die materiell den unkündbaren Beamten auf alle Arbeitnehmer übertragen, könnten, so sie in Westeuropa genügend verbreitert würden, ein Angelpunkt sein, den Wirtschaftsprozeß so zu organisieren, daß Wirtschafts- und Beschäftigungsschwankungen minimiert würden. Finanziell würden dabei die nicht geringen Kosten der heutigen Arbeitslosigkeit auf eine direkte Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik umgebucht, ideell zerbräche niemand länger daran, von niemandem mehr gebraucht zu werden. Sicherlich lassen sich solche Verhältnisse in öffentlichen Betrieben leichter verwirklichen als anderswo. Im Bereich der Deutschen Bundesbahn wurde von 1974 bis heute niemand entlassen, obwohl auf der Spitze der Krise das Arbeitsaufkommen stark gesunken war. Dennoch hätten zur Aufnahme der arbeitslosen

Jugendlichen diese verstärkt eingestellt und ausgebildet werden müssen, und das leistete bei uns auch nicht der isolierte, der wegen seines Sozialbewußtseins zu Unrecht kritisierte öffentliche Betrieb. Die Kontroll- und Lenkungsformen der Wirtschaft müssen deshalb in einem neuen Programm präzisiert werden. Zu klären ist aus der Sicht der Eisenbahner, daß wir nicht gleichzeitig quantitatives Wachstum fordern und dieses vermögenspolitisch konsumieren können. Hier müssen wir die in den letzten Jahren begonnene Diskussion weiterführen und sehen, daß der ganze Sektor der öffentlichen Wirtschaft nicht für wie immer geartete Modelle von individuellen Vermögensverteilungen taugt, es sei denn, wir übernehmen das Modell der Wirtschaftsverbände und privatisierten und entstaatlichten und selbstfinanzierten über die Preise die spätere Vermögensbeteiligung an bisher öffentlichen Unternehmen. Dagegen sind nicht nur die Eisenbahner.

Qualität des Lebens durch öffentliche Wirtschaft

Der weite Bereich der Infrastrukturen der Gesellschaft läßt sich isoliert von der allgemeinen Wirtschaftsordnung und -entwicklung nicht verändern. Eine gesellschaftlich planlos sich ausdehnende Autoproduktion bedingt fast zwangsläufig eine Umweltzerstörung, eine Zersiedelung der Landschaft, eine nivellierende Entballung der Städte, eine Energieverschwendung bzw. einseitigen Energiekonsum in Form steigenden Ölverbrauchs. Heute müssen wir jedoch für ein einheitliches Reformpaket von Verkehrs-, Umwelt- und Energiepolitik, Wohnungs- und Siedlungspolitik plädieren. Sie machen nicht nur die Qualität des Lebens aus, die wir erstreben, sondern sie ermöglichen uns und unseren Nachbarländern über längere Zeiträume vernünftige Arbeit für jedermann zu haben: Wir bauen öffentliche und weithin ölnunabhängige Verkehrsnetze in unseren Ländern, wir ersetzen jene Wohnungen, die nach *Albert Vietor* zu Millionen als Slums gelten, wir bauen kollektive Energie- und Versorgungssysteme in jede Wohneinheit, wir haben vernünftige Arbeit außerhalb all der Sektoren, die mit Verschwendungs- bis Rüstungsproduktionen die Bedürfnisse der Menschen und diese selber letztlich zerstören. Hier bedarf es qualitativer Reformen. Es gilt, die herkömmliche Milchkuh-Funktion des öffentlichen Sektors zu beenden, nur Zuschläger für die einseitigen Bedürfnisse der Wirtschaft zu sein, also die öffentliche Produktivität der privaten zuzuschlagen. Es gilt vielmehr, alle Leistungen des öffentlichen Sektors auf die Bedürfnisse der Menschen zuzuschneiden. Wir müssen stärker nachdenken, wie wir das Erziehungswesen verändern können, um die Emanzipation der Frau real zu ermöglichen, ohne um die Erziehung wie Bindung der Kinder fürchten zu müssen. Es gilt all jenen Interessen den kompromißlosen Kampf anzusagen, die nach der billigen, aber nicht unbewährten Haltet-den-Dieb-Methode vom Zusammenbruch ihrer einseitigen Prinzipien der Marktfreiheit ablenken möchten und statt dessen „den öffentlichen Betrieb“, „den Beamten“, „den Gewerkschaftsstaat“ als Reizvokabeln so erfolgreich hochreden,

daß heute eher die Stilllegung der Bahn wahrscheinlich wird als die Beendigung der Milliarden-Subventionierung von Straßenbau und Straßenverkehrsfolgekosten. Qualität des Lebens nicht „statt“, sondern „durch“ und mittels der öffentlichen Wirtschaft muß unsere Devise sein.

„Privilegien“ verallgemeinern!

Notwendig für den Einheitsbund DGB, der so erfolgreich Lohn- und Sozialpolitik für alle Abhängigen und mittelbar für so viele Selbständige betreibt, ist im nächsten Vierteljahrhundert, die materiell längst eingeschmolzenen Unterschiede zwischen dem ehemals proletarischen Arbeiter und dem früheren kaiser-treuen Beamten auch formell aufzuheben — auf dem Wege des Fortschritts. Nicht dürfen wir dem vordergründigen Verlangen mancher nachgeben und „Privilegien“, „Vorrechte“ und dergleichen von Beamten abschaffen wollen, deren Verallgemeinerung das vornehmste Ziel aller DGB-Gewerkschaften sein muß. Die Unkündbarkeit des Arbeitenden ist kein Privileg, sondern ein Menschenrecht, das für *alle* herzustellen ist. Dauerhafte Arbeitsverhältnisse können Auslöser dafür sein, den Menschen aufrechten Gang zu lehren. Sie sind möglich in dem Maße, in dem die Wirtschaft ohnehin sich konzentriert. Sie können dazu führen, daß die Planlosigkeit der Produktion einer stärkeren Koordinierung weicht, daß stetige Entwicklungen erzwungen werden. Unkündbarkeit ermöglicht Abkehr von Akkord und Prämien, erleichtert den Weg zum garantierten, den Unternehmern und Managern ja nicht fremden Jahreseinkommen. Umgekehrt ist ein Demokratiedefizit in der öffentlichen Wirtschaft abbaubar, sind auch für Beamte volle, ungeschmälerte Rechte wieder zu legalisieren. In keiner guten Demokratie werden die Einkommen von zwei Millionen Menschen per Gesetz dekretiert, sie werden von der Gewerkschaft ausgehandelt. Die Extremistenfrage muß zurückgeführt werden auf jene wenigen Fälle, die auch früher schon mit individueller Kriegsführung weniger gegen die Verhältnisse denn gegen Personen angehen zu können glaubten. Darüber hinaus haben wir das Grundgesetz in unsere Köpfe und Handlungen aufzunehmen und Landesverfassungen wie die die Aussperrung verbietende hessische zu verallgemeinern.

Multinationale Gewerkschaften gegen multinationale Unternehmen

Wir dürfen schließlich in einem neuen Grundsatz- und Aktionsprogramm die wichtigste Änderung in der Wirtschaftslandschaft von heute nicht hintansetzen: Das Herausbilden und Wachsen immer mächtigerer multinationaler Unternehmen und ihr konkretes Wirken sowohl in einem gemeinsamen westeuropäischen bzw. nordamerikanischen Wirtschaftsraum wie in den abhängigen Ländern Afrikas, Amerikas und Asiens. Auf multinationale Gesellschaften in einer Branche und durch Branchen hindurch muß die gewerkschaftliche Antwort lauten, multinationale Gewerkschaften einer oder mehrerer Wirtschaftszweige ebenso wirksam einzusetzen, wie diese Gesellschaften selber arbeiten. Die be-

stehenden Unterschiede, die historisch zwischen den Konzeptionen der mehr romanischen und der mehr mittel- und nordeuropäischen Gewerkschaften bestehen, oder die, anders betrachtet, zwischen den kontinentalen und den angelsächsischen Gewerkschaften aufgrund einer je so verschiedenen Geschichte ihrer Gesellschaften sich herausgebildet haben, dürfen wir dabei nicht zuschmücken wollen. Ebenso wie die Großunternehmen Phasen der nationalen, der europäischen und der Weltkonzentration durchlaufen, sollten die Gewerkschaften diesen Prozeß nachvollziehen von der nationalen, bei uns pluralistisch verstandenen Einheitsorganisation über eine westeuropäische, im EGB versuchte Einheitsstruktur, bis hin zum Gegenüber der mächtigen multinationalen Konzerne: Dem multinationalen Weltbund einer oder mehrerer Industriegewerkschaften. Solche Überlegungen mögen manchen Mitgliedern und Funktionären als der Tageswirklichkeit entrückt erscheinen. Wir handelten freilich unverantwortlich, würden wir sie falsch bewerten und der Herausforderung der Zeit keine richtige Antwort entgegensetzen können. Wie schnell eine von uns nicht kontrollierte Wirtschaftsentwicklung die Verhältnisse verändert, kann ein Beispiel aus der Transportbranche zeigen: Die Transportarbeiter-Internationale des IBFG vereint zwar innerhalb ihres Bereiches alle repräsentativen Gewerkschaften des Verkehrsgewerbes, nicht jedoch jene der auf vielen Märkten wie dem des Öltransports mittlerweile dominierenden Werkverkehre, nicht zu reden von Berufsssekretariaten außerhalb der unsrigen, die beim Öltransport mitzureden haben. Isolierte Lösungen der Gewerkschaften sind in dem Maße geschwunden, wie eben jene „Multis“ einen offenen Welt- und Arbeitsmarkt hergestellt und den Kampf um das Weltsozialprodukt eröffnet haben.

In einem neuen Grundsatz- und Aktionsprogramm sollten wir auf die bewährten und noch lange nicht gelösten Aufgaben unserer bisherigen Programmatik zurückgreifen und diese mit den neuen Aufgabenstellungen von heute verbinden. Eingebettet sind diese unsere Funktionen in eine zu verstärkende weltweite Solidarität: Nur so erhalten und fördern wir unseren Sozialstandard hier in Europa und verweigern ihn nicht den noch Hungernden der anderen Kontinente.